

## Unterredung zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Die Weichenstellung zum Mauerbau

Es ist nicht die Lust auf Jahrestage, die uns die Problematik »Berliner Mauer« behandeln läßt. Menschliche Schicksale bedürfen der Erinnerung, historisch-politische Probleme, die mit dieser Zäsur in der Nachkriegsgeschichte verbunden sind, sowie ihre Wirkungen veranlassen Nachfragen, neue Erkenntnisse aus russischen und amerikanischen Archiven wollen zur Kenntnis genommen werden.

Im Frühjahr 1961 schwoh der Flüchtlingsstrom aus der DDR nach West-Berlin dramatisch an; eine Krise mit unberechenbaren internationalen Folgen drohte. *Nikita S. Chruschtschow* wollte das Problem gegen die Interessen der Westmächte – erzwungen durch den Abschluß eines Friedensvertrages – lösen. Damit drohte eine Kollision der imperialen Herrschafts-, Prestige- und Sicherheitsinteressen der beiden Supermächte. Als nicht abzuwendende zeitweilige Befriedung der Situation geriet die Verhinderung weiterer massiver Abwanderung aus der DDR in die internationalen Ambivalenzen.

Verschaffte die zementierte Spaltung Deutschlands *Walter Ulbricht* das Hochgefühl einer »zweiten Geburt der DDR«, so mutierte hoffnungsvolle innere Stabilisierung zugleich zum Mißtrauensvotum gegen das eigene Volk, zur Unglaublichkeit von Sozialismus. Legitimes konvertierte letztlich zum politischen Sprengsatz.

Fragen nach Ursachen, Zusammenhängen sowie Folgen der exakt vorbereiteten, strikt geheimgehaltenen und militärisch wie politisch verantwortungsvoll absolvierten Sperrung der Übergänge von Berlin-Ost nach Berlin-West in der Nacht des 13. August 1961 bewegen bis heute politische und historische Debatten. Besondere Aufmerksamkeit richtete sich dabei auf das Wiener Treffen von *Kennedy*<sup>1</sup> und *Chruschtschow*.<sup>2</sup> Der Gesprächsinhalt, in seiner Gänze in der Öffentlichkeit unbekannt, in Berichten in bezug auf die Berlinfrage völlig unterbelichtet sowie in amerikanischen Archiven bis 1990 gesperrt, lag dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, *Walter Ulbricht*, von sowjetischer Seite offiziell als Niederschrift bereits zwischen dem 9. und 20. Juni 1961 vor.<sup>3</sup>

Der sowjetischen Delegation in Wien gehörten neben dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, *Chruschtschow*, der Außenminister, *Andrej Gromyko*, der Botschafter in den USA, *Mikhail Menschikow*, und der Berater *Anatoly Dobrynin* sowie ein Dolmetscher an. Den Präsidenten der USA, *Kennedy*, begleiteten der Außenminister, *Dean Rusk*, der Unterstaatssekretär im State Department, *Foy Kohler*, der Berater *Charles Bohlen*, der Botschafter in der UdSSR, *Llewellyn Thompson*, und ein Dolmetscher.

1 John F. Kennedy, Präsident der USA, 1917-1963 (ermordet).

2 Nikita S. Chruschtschow, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, 1894-1971.

3 Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/3663, Bl. 48-127. Die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED konnten die Niederschrift am 20. Juni beim Leiter des Politbüros einsehen.

Nach dem Austausch der Eröffnungsstatements der Regierungschefs im Beisein der Delegationen am 3. Juni, die mit persönlichen Gesten das gemeinsame Friedensinteresse hervorhoben, aber auch die Ansprüche auf Existenz und Weiterentwicklung der beiden Welt-systeme sowie die Notwendigkeit realitätsbezogener Einsichten unmißverständlich formulierten, bescheinigten sich *Chruschtschow* und *Kennedy* während des anschließenden »Frühstücks« gegenseitig Genugtuung und Hoffnungen über das Zusammentreffen. Das darauf folgende ausgedehnte Vieraugengespräch war aus einer globalen Sicht auf die Veränderungen in der Welt, auf Einflußsphären, ungelöste Probleme von beiderseitigem Interesse, Kräftepotentiale und Perspektiven gerichtet. Wir sind der Meinung, so *Kennedy*, »daß gegenwärtig der sowjetisch-chinesische Block einerseits und die USA mit ihren westeuropäischen Verbündeten andererseits vom Standpunkt des Kräfteverhältnisses aus sich im Zustand des Gleichgewichts befinden ... Sie sind der Meinung, daß die Entwicklung zu Ihren Gunsten verlaufen wird, und ich bin der Meinung, daß dies zu unseren Gunsten geschieht.«<sup>4</sup>

Obwohl sich gegensätzliche Positionen über Demokratie (frei gewählte Regierungen), Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und die Rolle von Befreiungskriegen am Beispiel Iran, Kuba, Laos, China/Taiwan, jungen unabhängigen Staaten und Polen festhakt, kam es beim zweiten, noch längeren, Zusammentreffen der Staatsmänner unter Teilnahme der Delegationen am 4. Juni vor allem zu wirksamen Fortschritten in der Laosfrage. Trotz scharfer Konfrontationen, daß die USA »Ihre ›Interessen‹ über den ganzen Erdball verstreut«<sup>5</sup> (*Chruschtschow*), wurde der Weg zu einer beiderseits annehmbaren Lösung geöffnet. In Laos,<sup>6</sup> wo seit 1960 ein Bürgerkrieg stattfand und amerikanisches Militär gelandet worden war, kreuzten sich strategische Interessen der beiden Supermächte nicht so unmittelbar.

Im zweiten Komplex dieser Gesprächsrunde standen die Organisation und Garantien für eine Kontrolle zur Einstellung der Kernwaffenversuche wie auch sowjetische Vorschläge zu einer etappenweisen, kontrollierten allgemeinen Abrüstung im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs. Mehr als ein allgemeines Kundtun, einen Meinungsaustausch zwischen den Außenministern und – möglicherweise – die seit drei Jahren laufenden Genfer Verhandlungen fortzusetzen, konnte nicht erreicht werden.

Obleich *Kennedy* die Deutschlandfrage bereits fünf Mal ange tippt hatte, bestimmte sie erst den dritten Komplex des Treffens am 4. Juni, worauf sich der nachfolgende Dokumentenauszug bezieht. *Chruschtschow* bekräftigte energisch seinen Standpunkt, nach sechzehn Jahren endlich einen Friedensvertrag abzuschließen und Berlin-West in eine »Freie Stadt« umzuwandeln, womit er seit dem Sommer 1958 den Vier-Mächte-Status der Stadt de facto aufgekündigt und die Berlin-Krise ausgelöst hatte.

*Kennedy* konterte, daß es hier nicht um die »rechtliche Lage« ginge. Die Frage »berührt unmittelbar die Interessen der Sicherheit unserer Staaten. Wir sprechen in diesem Falle nicht von Laos, sondern von einer Frage, die weit wichtiger ist und die USA unmittelbar berührt.«<sup>7</sup> Operierte *Chruschtschow* mit der verbalen Zuspißung,

4 Ebenda, Bl. 70/71.

5 Ebenda, Bl. 90.

6 Betraf die Genfer Laos-Konferenz, die seit Mai 1961 tagte und eine Internationale Kontrollkommission (Indien, Polen, Kanada) zwecks Feuereinstellung in Laos eingesetzt hatte.

7 SAPMO- BArch, DY 30/3663, Bl. 106.

8 Ebenda, Bl. 108.

West-Berlin sei ein »Geschwür am Körper Europas«<sup>8</sup>, und stimmte damit *Kennedy* gedanklich auf drastische Maßnahmen gegen West-Berlin ein, verharmloste *Kennedy* mit seiner Ignoranz gegenüber allen von West-Berlin gegen die DDR ausgehenden Stör- und Spionageaktionen die Lage und sorgte sich nur um die originären Rechte und erworbenen Gewohnheitsrechte. Er befürchtete, daß ihre Verletzung das Kräftegleichgewicht stören könnte und für die USA einen Prestige-Verlust in Westeuropa bedeuten würde. Schon bei diesem Gespräch pochte *Kennedy* auf die berühmten drei Essentials: Wahrung der Rechte der Westmächte, freier Zugang nach Berlin-West, Beibehaltung der stationierten Truppenkontingente. Bei dem sich anschließenden gemeinsamen »Frühstück« wurde das Junktim von Deutschland- und Berlinfrage und gegenseitigen Prestige-Interessen von beiden Seiten mit diplomatischen Höflichkeiten untermauert. Ungeschminkt redeten *Kennedy* und *Chruschtschow* jedoch im letzten Gespräch unter vier Augen. Trotz vorheriger Anerkennung der anomalen Situation in Berlin gingen beide nur mit Beteuerungen, den Frieden zu wahren, aber auch mit der Drohung, einem Waffenangebot nicht auszuweichen, sowie mit einem Kompromißangebot *Chruschtschows* als einzigem Brückenschlag auseinander.

Nach dem Treffen in Wien blieb die Ungewißheit, wohin die Berlinkrise und die gesellschaftlichen Krisenerscheinungen in der DDR führen würden, bestehen. Allerdings hatte *Chruschtschow*, der im eigenen Lager unter nicht geringem Druck stand, mit seinem Kompromißangebot, die amerikanischen Prestige-Interessen akzeptieren zu wollen, geschickt Einlenken signalisiert. Auf der anderen Seite boten die von *Kennedy* benannten drei Essentials eine bestimmte Gewißheit, daß ohne deren Verletzung entsprechende Sicherungsmaßnahmen toleriert würden. Die Wiener Begegnung wurde zum Schnittpunkt beim Übergang zur Entscheidungsphase während der Berlin-Krise 1958 bis 1963.

Zum ersten Mal läßt sich nachweisen, daß die erwähnte Niederschrift und damit auch der ausgewählte Auszug mit amerikanischem Archivmaterial übereinstimmen. Das ergibt sich aus einer vergleichenden Sicht mit der neuesten Publikation des Innsbrucker Historikers *Rolf Steininger*: »Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963«, die sich auf diese und andere amerikanischen Dokumente stützt. Für beide deutsche Staaten traf im Grunde genommen zu, daß die ihnen von den Siegermächten gewährten Souveränitätsrechte mehr als begrenzt waren und vor allem dem amerikanischen und sowjetischen Anspruch in Europa unterlagen.

Die Niederschrift über die Gespräche zwischen *Chruschtschow* und *Kennedy* ist der Öffentlichkeit erstmals im vollen Wortlaut während der Konferenz »Der Mauerbau. Eine einvernehmliche Krise« am 29./30. Mai zugänglich. Der im folgenden wiedergegebene Auszug ist eine ungekürzte Abschrift. Unterstrichene Passagen folgen denselben, die *Walter Ulbricht* mit Bleistift vornahm. Die kursiv gedruckten Textstellen hob *Walter Ulbricht* durch einen zusätzlichen Bleistiftstrich am Rand besonders hervor. Ganz offensichtliche Schreibfehler wie »Eisenhower« wurden stillschweigend korrigiert.

## Niederschrift der Unterredung N. S. Chruschtschows mit J. Kennedy am 4. Juni 1961. Dokument (Auszug)

KENNEDY: Wollen wir zur deutschen Frage übergehen?

CHRUSCHTSCHOW: Vielleicht soll ich die Position der Sowjetregierung in dieser Frage darlegen?

KENNEDY: Ja.

CHRUSCHTSCHOW: Ich hoffe, daß Sie unsere Position richtig verstehen werden, Herr Präsident. Es ist das eine Frage, die im wesentlichen Maße die Entwicklungsrichtung der Beziehungen zwischen unseren Staaten bestimmt. Wenn Sie unsere Bestrebungen falsch verstehen, so kann das zu einer Verschärfung unserer Beziehungen führen. Wenn Sie aber diese Bestrebungen richtig verstehen, dann kann uns das annähern.

*Seit Beendigung des Krieges sind schon mehr als 16 Jahre vergangen. Die Sowjetunion hat in diesem Krieg riesige Verluste erlitten: wir haben über 20 Millionen Menschen verloren; große Gebiete unseres Landes wurden zerstört; und jetzt sammeln die Deutschen, die zweimal in der Geschichte der Menschheit einen Weltkrieg entfachten, erneut Kräfte, und die Generäle der Bundeswehr, die früher die Hitlertruppen befehligten, nehmen heute immer mehr und mehr führende Posten in der NATO ein. Dadurch droht ein dritter Weltkrieg mit noch größeren Schrecken, mit noch größeren Zerstörungen.*

Die Sowjetregierung meint, daß es an der Zeit ist, mit den Resten des Zweiten Weltkrieges aufzuräumen. Es gibt keine Erklärung dafür, daß 16 Jahre nach Kriegsende immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet ist. Deshalb schlagen wir vor, eine Friedenskonferenz einzuberufen und einen solchen Vertrag zu unterzeichnen.

Wir sind dabei der Auffassung, daß von den realen Verhältnissen, wie sie sich in Europa ergeben haben, ausgegangen werden muß. Gegenwärtig bestehen zwei deutsche Staaten. Und unsere Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands werden offensichtlich nicht ausreichend sein, denn offen gesagt, wollen die Deutschen selbst keine solche Wiedervereinigung.

Die Verzögerung des Friedensvertrages kann durch nichts gerechtfertigt werden und niemandem dienen, ausgenommen vielleicht den westdeutschen Militaristen. Die Interessen der USA, Englands und Frankreichs werden durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages nicht geschmälert. Jetzt ergibt es sich jedoch so, daß die Sowjetunion den Frieden will, während Sie als Westmächte uns dabei die Unterstützung versagen und demzufolge gegen eine Friedensregelung in Europa auftreten.

Ich möchte, daß Sie mich richtig verstehen, Herr Präsident. Wir wollen den Friedensvertrag gemeinsam mit Ihnen abschließen. Wenn Sie aber unsere Position nicht verstehen und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages verweigern sollten, werden wir ihn

selbst unterschreiben. Wenn Westdeutschland einverstanden ist, werden wir den Vertrag mit beiden deutschen Staaten unterschreiben. Wenn nicht, dann unterschreiben wir den Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik. In diesem Falle wird für uns der Kriegszustand auf dem ganzen Gebiet der DDR beendet sein und alle Abkommen und Einrichtungen, die als Ergebnis der Kapitulation Deutschlands entstanden sind, verlieren ihre Kraft. Damit wird folglich auch das Besatzungsregime in Westberlin beendet, und auch das Abkommen über den Zugang nach Westberlin über die seinerzeit bestätigten Luft- und Landkorridore wird unwirksam. Durch eine solche Maßnahme wird niemand etwas verlieren, und wir werden nichts gewinnen. Westberlin wird zur freien Stadt erklärt, wobei wir keinesfalls vorhaben, irgendeine Blockade zu verhängen oder uns in die inneren Angelegenheiten Westberlins einzumischen. Westberlin muß seinen Status als freie Stadt erhalten. Wir sind dabei bereit, im Falle Ihres Einverständnisses, gemeinsam die völlige Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westberlins zu sichern und seine Verbindungen zur Außenwelt zu garantieren. Wenn Sie das wünschen, dann könnten die USA sowie England und Frankreich in Westberlin symbolische Truppenkontingente zur Sicherung des Status der freien Stadt belassen, wobei auch ein geringes Kontingent unserer Truppen stationiert würde. Sollten Sie es vorziehen, den Status Berlins durch Truppen neutraler Länder sichern zu lassen, so sind wir auch zu einem solchen Schritt bereit. Wenn Sie es für erforderlich halten, die Garantien für Westberlin juristisch durch die UNO fixieren zu lassen, sind wir auch damit einverstanden.

1 Grundlage für die Stellung Berlins waren die Londoner Protokolle vom 12. September und 14. November 1944, mit denen sich die Alliierten (Anfangs ohne Frankreich) schriftlich ihre Anteile an Deutschland (Besatzungszonen) und Berlin (Sektoren) sicherten (militärische Besetzung, Übernahme der Obersten Gewalt). Danach lag Berlin geographisch in der der UdSSR zuzuweisenden Besatzungszone. Berlin wurde Vier-Sektoren-Stadt (Vier-Mächte-Status, Alliierte Kommandantur – jedoch nur bis 1948 – für Groß-Berlin, verantwortlich für die Sicherheit nach außen und Ruhe und Ordnung nach innen). Außer einem Abkommen über die Luftkorridore gab es keine schriftliche Regelung für die Zugangswege von und nach den Westsektoren der Stadt.

Wir sind also bereit, beliebige Bedingungen zu akzeptieren, die auf die Sicherung der Freiheit Westberlins – wie Sie sagen – oder auf die Sicherung der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten abzielen, weil wir das verstehen und bereit sind, gemeinsam mit Ihnen solche Bedingungen auszuarbeiten.

Wenn Sie nicht damit einverstanden sein sollten, so verstehen wir das so, daß Sie unter dem Druck Adenauers handeln. Dann werden wir einseitig einen Friedensvertrag unterzeichnen, welcher bedeutet, daß alle Ihre Rechte hinsichtlich des Zugangs nach Westberlin zu bestehen aufhören, weil der Kriegszustand aufhört und alle aus der Kapitulation Deutschlands sich ergebenden Bestimmungen für Westberlin annulliert werden.

KENNEDY: Ich bin Ihnen verbunden für die Darlegungen Ihrer Auffassung und möchte meine Erwägungen vortragen. Diese Frage betrifft nicht nur die rechtliche Lage. Sie berührt unmittelbar die Interessen der Sicherheit unserer Staaten. Wir sprechen in diesem Falle nicht von Laos, sondern von einer Frage, die weit wichtiger ist und die USA unmittelbar berührt. Wir befinden uns in Berlin nicht im Ergebnis irgendwelcher Wahlen. Wir haben uns das Recht erkämpft, dort zu sein, obwohl wir natürlich nicht solche riesigen Verluste hatten wie Sie. Wir befinden uns in Berlin auf Grund eines internationalen Abkommens,<sup>1</sup> aber nicht mit Zustimmung der Ostdeutschen. Dieses unser Recht kann nicht einseitig aufgehoben werden. Wenn sich die Spannungen in der Welt verringern, dann könnten wir vielleicht eine gegenseitig annehmbare Verständigung in dieser Frage

erreichen. Aber gegenwärtig sind dafür nicht die erforderlichen Voraussetzungen vorhanden.

Seit geraumer Zeit hat jeder amerikanische Präsident Jahr für Jahr immer wieder die *Entschlossenheit der USA bekräftigt, die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten. Wenn wir jetzt plötzlich einer Preisgabe dieser Verpflichtungen in Deutschland zustimmen, so wird niemand mehr den USA Glauben schenken, und das würde eine Gefahr für unsere Sicherheit heraufbeschwören. Denn wenn man uns aus Westberlin verdrängt, würden alle Garantien, die wir Westeuropa gegeben haben, ihr Gewicht verlieren, und die Völker würden aufhören, an unser Land zu glauben. Diese Frage berührt folglich nicht nur die Interessen der USA, sondern die Interessen ganz Westeuropas.*

Ich bin aufrichtig um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern bemüht. Wir haben gestern festgestellt, daß zwischen uns gegenwärtig ein Gleichgewicht der Kräfte besteht. Die Verwirklichung Ihres Vorschlages und unser Abzug aus Berlin würde unsere Interessen ernsthaft schädigen.

CHRUSCHTSCHOW: Vielleicht wollen Sie auch nach Moskau kommen? Das würde doch die Interessen der USA außerordentlich fördern.

KENNEDY: In Berlin befinden wir uns doch aber schon. Ich schlage doch nicht vor, daß Sie nach Washington kommen sollen oder wir nach Moskau. Sie wollen doch die bereits bestehende Lage verändern.

Die Sowjetunion hat gewaltige Erfolge errungen, Sie haben einen Menschen in den Kosmos geschickt, Ihr Einfluß in der Welt ist stark gewachsen. Und nun wollen Sie uns zusätzlich zu den Problemen, mit denen wir in unserem Teil der Welt zu tun haben, nun wollen Sie uns, *die USA, in eine Situation der völligen Isolierung in der ganzen Welt bringen*. Wie können die USA dem zustimmen, daß Ostdeutschland uns den Zugang verwehrt, den wir erkämpft haben? Wenn wir diese Bedingung annehmen, so wird das, ich wiederhole, zu einer völligen politischen Isolierung der USA führen, aber ich bin nicht deshalb Präsident der USA geworden, um bei einem solchen Prozeß der Isolierung meines Landes den Vorsitz zu führen, ebenso wie Sie, dessen bin ich gewiß, niemals einer solchen Sache in bezug auf Ihr Land zustimmen würden.

CHRUSCHTSCHOW: Sie wollen also den Friedensvertrag nicht unterzeichnen?

KENNEDY: Wir sind daran interessiert, unser Zugangsrecht und überhaupt unsere Rechte in Westberlin zu erhalten. *Vielleicht ist die Lage in Deutschland und in Westberlin anomal, wie das seinerzeit in der Unterredung zwischen Ihnen, Herr Vorsitzender, und dem früheren Präsidenten Eisenhower festgestellt wurde. Angesichts der gespannten Lage in der Welt ist aber jetzt einfach nicht die Zeit, um die Lage in Berlin zu ändern*. Ich fordere von Ihnen nicht, daß Sie Ihre Haltung ändern, ich appelliere lediglich an Sie, das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte nicht zu verändern. Wird dieses Gleichge-

wicht verändert, dann wird sich das negativ auf unsere Positionen in Westeuropa auswirken und ein Schlag gegen die Interessen der USA sein, Sie, Herr Vorsitzender, würden doch einem solchen Schlag gegen Ihre Interessen nicht zustimmen. Uns beunruhigt an Ihren Vorschlägen nicht die Unterzeichnung irgendeines Dokuments mit der ostdeutschen Republik. Unheilvoll erscheint uns ein anderer Teil Ihres Vorschlages, und zwar der, wo Sie von der Beendigung des Zutritts und von der Aufhebung unserer Rechte in Westberlin sprechen.

CHRUSCHTSCHOW: Ich habe mir Ihre Überlegungen aufmerksam angehört, Herr Präsident, und bedaure, kein Verständnis gefunden zu haben. Sie weigern sich, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und damit die Lage an diesem außerordentlich gefährlichen Punkt Europas, ja der ganzen Welt, zu normalisieren. Wir wollen diesen Splitter herausziehen, dieses Geschwür am Körper Europas beseitigen und dies so tun, daß keinem der interessierten Staaten ein Nachteil daraus entsteht. Wir wollen diese Frage zur allgemeinen Zufriedenheit lösen, nicht durch irgendwelche Intrigen, sondern durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit den Teilnehmerländern der Antihitler-Koalition. Sie aber sagen, das widerspreche den Interessen der USA. Ich kann das einfach nicht verstehen, Herr Präsident, werden denn unsere Vorschläge irgendetwas ändern? Wir schlagen doch nicht vor, die Grenzen zu revidieren. Im Gegenteil, wir wollen sie auf die normalste Weise gesetzlich verankern, durch den Abschluß eines Friedensvertrages. Der Friedensvertrag würde jenen aggressiven Kräften den Weg versperren, die die Menschheit in einen neuen Krieg stürzen möchten. Der Friedensvertrag würde die Revanchisten zügeln, die jetzt mit Appellen zur Änderung der Grenzen auftreten. Hitler sprach seinerzeit davon, daß er »Lebensraum« – möglichst bis zum Ural – brauche. Jetzt aber haben die Generale, die die Hitler-Armee befehligten, fast alle Kommandohöhen in der NATO besetzt.

Wir bedauern, daß unsere Auffassungen in dieser Frage auseinander gehen. Es gibt jedoch keine Kraft, die uns von der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland abhalten könnte. Wir meinen, 16 Jahre sind eine genügend lange Zeit, und es gibt keinerlei Möglichkeit oder Notwendigkeit, die Lösung dieser Frage weiterhin aufzuschieben. Wie viele Jahre wollen Sie denn die Lösung dieser Frage noch aufschieben – weitere 16 oder gar 30 Jahre?

Sie sprachen von Ihren Rechten und auch darüber, daß Sie diese Rechte erkämpft haben. Natürlich tut den Menschen vergossenes Blut leid, ob es nun ein Tropfen oder ein Liter ist. Sie haben während des Krieges Tausende Menschen verloren, wir aber Millionen. Die Mütter der gefallenen Amerikaner sind genau so leidgeprüft wie die Mütter der russischen Soldaten. Es gibt in unserem Lande keine einzige Familie, die während des Krieges nicht jemanden von ihren Angehörigen verloren hatte. Ich selbst habe einen Sohn an der Front verloren. Mikojan<sup>2</sup> hat im Krieg einen Sohn verloren. Gromyko, der hier anwesend ist, hat beide Brüder verloren. Und Sie wollen diese Lage fortbestehen lassen, bis die deutschen Militaristen genügend neue Kräfte sammeln und zum nächsten Sprung ansetzen. Wir können dem nicht zustimmen. Verstehen Sie uns richtig, Herr Präsident.

2 A. J. Mikojan, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

Wir tun das nicht, um die Leidenschaften anzufachen und die Spannungen zu verstärken, sondern im Gegenteil, um den Weg für die Entwicklung unserer Beziehungen zu ebnen, um die Steine beiseite zu räumen, die einer Normalisierung der Lage im Wege sind.

Wir werden also den Friedensvertrag unterzeichnen, und die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik wird geachtet werden. Sollte jemand diese Souveränität verletzen, so werden wir das als einen Akt der Aggression mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen betrachten.

KENNEDY: Ich möchte fragen, ob Ihre Worte bedeuten, daß im Falle der Unterzeichnung eines Friedensvertrages unser Zugang nach Westberlin gesperrt wird.

CHRUSCHTSCHOW: Sie haben richtig verstanden, Herr Präsident.

KENNEDY: Ich möchte mit aller Klarheit unseren Standpunkt klarlegen. Ich bin dagegen, daß Westdeutschland militärische Kräfte bis zu solchen Ausmaßen akkumuliert, daß es eine Bedrohung für die Sowjetunion darstellt.

Der Entschluß der Sowjetunion, einen Friedensvertrag mit Ostdeutschland zu unterzeichnen, ist eine sehr ernste Frage, und ich hoffe, daß Sie dabei alle Umstände in Rechnung stellen und die entsprechenden Interessen aller interessierten Seiten in Betracht ziehen werden.

Was die Grenzen betrifft, so hat de Gaulle, wie Sie wissen, unlängst eine Erklärung dazu abgegeben. Es gibt zwar verschiedene Standpunkte zu dieser Frage unter den Westmächten, aber viele sind der Meinung, darunter auch in Amerika, daß diese Frage gelöst werden kann.

Was Westberlin betrifft, so muß in Betracht gezogen werden, daß die USA bestimmte Verpflichtungen zur allgemeinen Verteidigung Westeuropas haben. Die USA haben Westeuropa bereits zweimal geholfen, sich gegen eine Aggression zu verteidigen. Ich selbst habe einen Bruder an der Front verloren. Wenn man uns aber jetzt einseitig aus Westberlin verjagt und uns unsere vertraglichen Rechte nimmt, dann werden alle Verpflichtungen der USA gegenüber anderen Ländern zu einem einfachen Fetzen Papier und niemand wird mehr zu den Vereinigten Staaten Vertrauen haben.

Ich sagte Ihnen bereits, die gegenwärtige Lage in der Welt ändert sich so rasch, daß niemand voraussagen kann, was innerhalb der nächsten 5 - 10 Jahre in der Welt geschieht, besonders in Asien und Afrika, und wie sich in Zukunft das gegenwärtige Kräfteverhältnis verändern wird. Sie aber schlagen jetzt vor, mit einem einzigen Federstrich das gegenwärtige Kräftegleichgewicht zu unseren Ungunsten zu verändern, in Westberlin alle die Rechte aufzuheben, die wir gemeinsam mit unseren Alliierten wahrgenommen haben. Ich bin hier hergekommen in der Hoffnung, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu erreichen. Und ich möchte nicht abreisen mit dem Gedanken, daß Sie diesen Vertrag unterzeichnen und willkürlich alle unsere Rechte in bezug auf Westberlin annullieren wollen. Ich hoffe, Sie nehmen Rücksicht auf die hohe Verantwortung, die ich in bezug auf die Interessen der USA trage.



CHRUSCHTSCHOW: Ich kann Ihre Überlegungen einfach nicht begreifen, Herr Präsident. Sie sprechen von Westeuropa. Wir haben doch aber Westeuropa überhaupt nicht im Sinn. Wir wollen lediglich die Lage fixieren, die nach dem zweiten Weltkrieg entstanden ist. Westdeutschland wurde in das Bündnis der Westmächte aufgenommen, das ist eine Tatsache. Ostdeutschland gehört zum Bündnis der sozialistischen Länder, und das müssen Sie als eine vollzogene Tatsache anerkennen. Wir schlagen vor, die gegenwärtigen Grenzen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland juristisch zu fixieren, die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei zu bestätigen und die Souveränität der DDR zu festigen. Aber dazu muß das Besatzungsregime in Westberlin liquidiert werden. Begreifen Sie, Herr Präsident, wie können wir denn einen Friedensvertrag unterzeichnen und dabei Ihre Besatzungsrechte in Westberlin aufrecht erhalten? Auf welcher Grundlage? Sie sagen, daß Sie Blut vergossen haben, aber wir haben ebenfalls unser Blut vergossen.

KENNEDY (unterbricht): Auf der Grundlage der Abkommen, die auch von der Sowjetunion unterschrieben wurden.

CHRUSCHTSCHOW: Wir halten uns an diese Abkommen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, aber nach dessen Unterzeichnung wird der Kriegszustand aufhören und alle Verträge, die sich aus dem Kriegszustand ergeben, verlieren ihre Wirkung.

KENNEDY: Man kann doch aber nicht einseitig Rechte aufheben, die durch ein von mehreren Seiten unterzeichnetes Abkommen festgelegt wurden.

CHRUSCHTSCHOW: Aber wir schlagen doch vor, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, und wir laden doch Sie und die anderen daran interessierten Seiten ein, sich an dieser Unterzeichnung zu beteiligen. Sie wollen das nicht. In diesem Falle können Sie aber auch keinerlei Sonderrechte für sich auf dem Territorium der DDR nach Unterzeichnung des Friedensvertrages fordern. Ihr Standpunkt ist juristisch einfach unhaltbar.

KENNEDY: Aber Westberlin befindet sich nicht auf dem Territorium der ostdeutschen Republik.

CHRUSCHTSCHOW: Das ganze Territorium Ostdeutschlands, einschließlich Westberlins, gehört zum Territorium der DDR.

KENNEDY: *Das ist Ihr Standpunkt. Wir aber meinem, daß wir in Westberlin durch Vereinbarung mit Ihnen bestimmte Rechte erhalten haben. Und jetzt wollen Sie diese Rechte an Ostdeutschland abtreten. Sie können nicht in einseitiger Weise irgend jemanden unsere Rechte abtreten.*

CHRUSCHTSCHOW: Ich kenne diese Argumentation. Sie ist juristisch nicht stichhaltig. Der Krieg ist längst beendet und alle Truppen müssen aus Deutschland abgezogen werden. Präsident Roosevelt sagte

einmal, daß zwei - drei Jahre nach Beendigung des Krieges alle Truppen aus Deutschland abgezogen werden sollen. Ziehen wir also unsere Truppen ab. Das wäre die vernünftigste Lösung.

Wozu aber brauchen sie Westberlin, warum halten Sie dieses für einen solchen wichtigen Punkt? Vielleicht wollen Sie Westberlin als Stützpunkt für einen Angriff auf uns benutzen? Sie sind doch ein ehemaliger Marineoffizier, Herr Präsident. Ich habe ebenfalls geraume Zeit in der Armee verbracht und denke, Sie werden ausgezeichnet verstehen, daß vom militärischen Standpunkt aus Westberlin völlig bedeutungslos ist.

KENNEDY: Einverstanden.

CHRUSCHTSCHOW: Sie sprechen von Ihren Rechten. Diese ergeben sich aus dem Kriegszustand. Der Krieg ist aber zu Ende. Wenn wir einen Friedensvertrag unterzeichnen, werden alle verstehen, daß der Kriegszustand zu Ende ist und folglich alles, was sich aus diesem Zustand ergeben hat, seine Wirkung verlieren muß. Wenn Sie Ihre Rechte in Westberlin auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufrechterhalten, so wird das den Interessen der Sowjetunion und aller sozialistischen Länder zuwiderlaufen.

Als ich mit dem früheren USA-Präsidenten Eisenhower über diese Frage sprach,<sup>3</sup> gab er zu, daß in Berlin tatsächlich eine anomale Lage entstanden ist und daß Möglichkeiten zur Regelung dieser Situation gefunden werden müßten. Er sagte mir, daß in dieser Frage das Prestige der Vereinigten Staaten berührt wird. Ich schlug ihm vor, sich um eine solche Lösung zu bemühen, die die Prestige-Interessen unserer Staaten nicht berührt. Ich schlug damals vor, ein provisorisches Deutschlandabkommen zu schließen und den Deutschen eine bestimmte Frist zu geben, innerhalb derer sie sich untereinander verständigen sollen. Adenauer spricht zwar von der Wiedervereinigung, aber er will sie in Wirklichkeit gar nicht. Vereinbaren wir also eine bestimmte Frist, beispielsweise 6 Monate, innerhalb derer Vertreter der beiden deutschen Regierungen zusammentreten und sich über die Deutschland betreffenden Fragen verständigen sollen. Wenn sie nach Ablauf dieser Frist unter sich zu keiner Einigung in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands kommen können, so werden wir uns der Verantwortung für die deutsche Frage entledigen, und jene Staaten, die das wünschen, unterzeichnen dann einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten. Eine solche Lösung würde die Prestige-Interessen unserer Staaten in keiner Weise beeinträchtigen.

Ich hoffte damals, daß wir mit Ihrem Präsidenten zu einer Einigung in dieser Frage kommen könnten. Leider ist es so gekommen, daß sich jene Kräfte in Amerika, die gegen die Normalisierung unserer Beziehungen und gegen die Minderung der internationalen Spannungen sind, offenbar entschlossen haben, eine solche Einigung zu verhindern. Sie entsandten die U-2<sup>4</sup> nach der Sowjetunion, so daß eine Verständigung unmöglich wurde. Deshalb beschlossen wir, die Lösung dieser Frage so lange aufzuschieben, bis sich die Leidenchaften beruhigt haben. Jetzt ist nach unserer Meinung die Zeit für die Lösung dieser Frage gekommen, und wir bedauern es außeror-

3 Im September 1959 in Camp David.

4 Amerikanische U-2 Spionageflüge über der Sowjetunion erfolgten seit 1956 vom Boden der Türkei aus, ohne sie abwehren zu können. Am 1. Mai 1960 wurde erstmals eine U-2-Maschine abgeschossen und der Pilot F. G. Powers gefangen genommen.

dentlich, bei Ihnen kein richtiges Verständnis für unsere guten Absichten gefunden zu haben. Wir wollen die Steine hinwegräumen, die uns auf dem Wege zur Normalisierung unserer Beziehungen behindern. Wenn es uns gelingt, diese Frage zu lösen, so wird, dessen sind wir gewiß, der Weg zur Errichtung eines dauerhaften Friedens auf Erden frei sein. Wir wollen keinerlei Grenzen antasten, aber wir werden natürlich auch unsere Rechte nicht preisgeben. Sie sagen, daß auch bei Ihnen keinerlei Absichten zu irgendwelchen Eroberungen bestünden. Es besteht also kein Anlaß zu einem Streit zwischen uns. Sie sind zwar mit unserer Ideologie nicht einverstanden, ebenso wie wir mit Ihrer Ideologie nicht einverstanden sind, aber wir wollen doch den Streit auf diesem Gebiet nicht in eine gegenseitige Vernichtung ausarten lassen. Wir sind doch genügend vernünftige Menschen, um nicht zu den Zeiten des Feudalismus zurückzukehren, als man Kreuzzüge organisierte und sich gegenseitig totsclug, um das Grab des Herren zu befreien.

Wenn Sie unseren Vorschlägen nicht zustimmen, so müssen Sie begreifen, daß wir selbst einen Friedensvertrag mit allen sich daraus ergebenden Folgen unterzeichnen werden. Ich sage Ihnen unumwunden: wir werden den Friedensvertrag mit Deutschland Ende dieses Jahres unterzeichnen. Ostdeutschland hat bereits erklärt, daß es die Freiheit und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westberlins garantieren wird, daß es den Zutritt aller Länder zu dieser Stadt garantieren wird, aber das muß natürlich auf Vereinbarung mit der Regierung der DDR geschehen, weil alle Kommunikationen Westberlins durch das Territorium der DDR verlaufen. Wenn Sie befürchten, daß Westberlin, wie Sie sagen, seine Freiheit verlieren könnte, so wiederhole ich nochmals: schaffen wir doch gemeinsame Garantien dieser Freiheit, ziehen wir doch die UNO zu diesen Garantien heran. Wenn Sie aber für die Fortsetzung des Kriegszustandes und damit gegen den Frieden eintreten, so wird niemand und in keinem Lande Ihre Position verstehen. Wir jedoch werden laut und vernehmlich verkünden, daß wir mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages den Weg zum Frieden bahnen wollen und bemüht sind, die Möglichkeiten für die Entstehung eines neuen Krieges auszuschalten. Wenn Sie unsere Bemühungen nicht verstehen wollen, so bleibt uns nur der eine Ausweg, einseitig einen Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Sie reden von Ihren Interessen in Westberlin. Aber mit der Verteidigung dieser Ihrer Interessen wollen Sie uns erniedrigen. Sie sprechen davon, daß Sie Blut vergossen hätten, aber das, was wir vergossen haben, war auch kein Wasser. Sie haben im Krieg 350.000 Menschen verloren, wir dagegen 20 Millionen. Ich war selbst an der Front, ich habe selbst die vom Krieg verursachten schrecklichen Zerstörungen und die Leichen der von den Faschisten ermordeten Menschen gesehen.

KENNEDY: Deshalb wollen wir ja den Frieden bewahren, damit sich so etwas nicht wiederholt.

CHRUSCHTSCHOW: Sie deuten offenbar die Möglichkeit der Entstehung eines Krieges wegen Westberlin an. Ziehen Sie bitte in Be-

tracht, daß wir einen Krieg nicht beginnen werden. Wir werden den Frieden verteidigen, und möge die Geschichte dann urteilen, wer von uns im Recht ist.

Im Westen wird oft von der Gefahr gesprochen, daß sich Chruschtschow vielleicht eine Fehlrechnung leisten könnte, die zum Kriege führt. Hierin müssen wir uns aber gegenseitig entgegenkommen, Herr Präsident. Jeder von uns muß sich vor solchen Fehlrechnungen hüten. Wenn Sie wegen Berlin einen Krieg entfesseln sollten, so nehmen Sie damit die ganze Verantwortung auf sich. Ich denke aber trotzdem, daß der Frieden triumphieren wird. Im Pentagon gibt es zwar Leute, die einen Krieg wollen, aber Sie dürften ausgezeichnet wissen, was ein moderner Krieg sein würde.

Adenauer weiß ausgezeichnet, was ein Krieg für Westdeutschland bedeuten würde. Macmillan<sup>5</sup> weiß auch, was Krieg ist. Kein einziger vernunftbegabter Mensch will den Krieg, und wenn sich auf der Welt doch solche Wahnsinnigen finden sollten, muß man sie in die Zwangsjacke stecken.

Wir wollen nichts anderes außer guten Beziehungen zu Ihrem Lande und zu allen anderen Ländern. Wir wollen die Handelsbeziehungen mit Ihnen entwickeln. Wir haben doch einen lebhaften Handel mit vielen Ländern, mit England, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Japan, mit vielen Ländern, nur nicht mit den USA. Das ist vielleicht kein Zufall, aber das ist Ihre eigene Angelegenheit. Der Handel ist ein Geschäft. Wenn es Vorteile verspricht, so verkauft man. Wenn nicht, so läßt man es sein. Das ist unsere Einstellung. Den Friedensvertrag werden wir Ende dieses Jahres unterzeichnen.

5 H. Macmillan, britischer Premierminister.

KENNEDY: Die Lage in Deutschland kann wirklich nicht als normal bezeichnet werden, da das Land in zwei Teile gespalten ist. Roosevelt sprach seiner Zeit tatsächlich vom Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland, aber er sah nicht voraus, daß Deutschland gespalten wird und daß wir uns in Deutschland diesseits und jenseits der Trennungslinie gegenüber stehen werden. Sie sprechen vom Frieden. Aber Sie wollen doch die Lage in Deutschland ändern, und nicht die Vereinigten Staaten. Sie schaffen doch eine Krise in Berlin, und nicht die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben schon seit langem, noch vor meinem Amtsantritt als Präsident, bindende Verpflichtungen gegenüber Berlin übernommen, und jetzt wollen Sie Ende dieses Jahres in einseitiger Weise einen Friedensvertrag unterzeichnen und uns das Zutrittsrecht nach Berlin nehmen. Meinen Sie, daß dies ein Weg zum Frieden ist?

CHRUSCHTSCHOW: Ich kann Ihre Logik nicht begreifen. Wie kann man die Situation verschlechtern, wenn man auf die Liquidierung des Krieges hinarbeitet? Seit eh und je galt die Unterzeichnung eines Friedens als Wohltat und der Krieg als Übel.

KENNEDY: Ich sage doch nicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages an und für sich eine kriegerische Aktion ist. Aber ein Friedensvertrag, demzufolge wir unserer Rechte verlustig gehen, ist ein kriegerischer Akt. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist eine Angelegenheit der Sowjetunion, aber die einseitige Übertra-

gung unserer Rechte an Ostdeutschland ist schon eine ganz andere Sache. Westberlin ist für uns von Bedeutung nicht als Aufmarschgebiet für einen Überfall. Es ist für uns von Bedeutung, weil wir ihm gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernommen haben, wovon die ganze Welt weiß. Wenn wir jedoch dem Vorschlag der Sowjetunion zustimmen, wird die ganze Welt den Schluß ziehen, daß die USA ein Land seien, das seine Verpflichtungen nicht ernst nimmt. Und ich versichere Ihnen, daß wir unsere Verpflichtungen, die unsere strategischen Interessen berühren, sehr ernst nehmen.

CHRUSCHTSCHOW: Was also tun? Ihre Ansprüche zeugen nicht von guten Absichten. Sie wollen den Kriegszustand in Westberlin aufrechterhalten, aber damit sind wir nicht einverstanden. Das werden wir der Weltöffentlichkeit erklären, und wir sind gewiß, die meisten Menschen werden verstehen, daß wir im Interesse des Friedens handeln.

6 1951 Friedensvertrag von San Francisco und Abschluß des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages.

Sie haben doch in Westdeutschland in einseitiger Weise alles annulliert, was in unserem Interesse war: Sie haben uns die Reparationen versagt und Westdeutschland wieder aufgerüstet. Sie haben einen separaten Friedensvertrag mit Japan<sup>6</sup> unterzeichnet, wodurch wir jetzt keinen Friedensvertrag mit diesem Lande haben. Sie meinen, daß diese Handlungen Ihrerseits gerechtfertigt, unsere Absichten aber unmoralisch seien. Mit einer solchen Auslegung können wir selbstverständlich nicht einverstanden sein. Ob Sie den Friedensvertrag unterzeichnen oder nicht, daß ist Ihre Sache, Herr Präsident. Wir wären sehr erfreut, unsere Unterschrift unter diesen Vertrag neben die Ihre setzen zu können. Aber auch wenn Sie sich weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, werden wir ihn trotzdem unterschreiben, und Ihr Zutritt nach Westberlin hört dann auf.

Sie sprechen von Ihrem Prestige, aber Sie müssen auch unserem Prestige Rechnung tragen. Sie meinen, daß die USA auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages in Westberlin irgendwelche Rechte weiter behalten müßten, die sich aus der Besetzung Deutschlands ergeben haben. Niemand in der Welt wird jedoch diese Ihre Politik verstehen und rechtfertigen können. Was ist das für eine Politik, die auf dem Grundsatz beruht: »Was ich will, das mache ich eben«? Den Versuch, Ihre Rechte hinsichtlich Westberlins auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufrechtzuerhalten, werden wir als eine Verletzung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, als eine Verletzung des Friedens und der Ordnung in Deutschland betrachten. Wir werden uns damit nicht abfinden, und die Verantwortung möge auf den fallen, der den Frieden verletzt.

KENNEDY: Wir sind überzeugt, daß unsere Anwesenheit in Berlin von der Bevölkerung Westberlins unterstützt wird, der gegenüber wir bestimmte Verpflichtungen übernommen haben. Sie sagen, wir wollten den Kriegszustand in Berlin aufrechterhalten, aber dort gibt es keinen Krieg und Berlin hat, wie Sie selbst sagten, keinerlei militärische Bedeutung.

Ich denke, es wäre gut, wenn West- und Ostdeutschland einen Weg zur Normalisierung ihrer Beziehungen finden würden und wenn die

UdSSR und die USA ihre Beziehungen in einer positiven Richtung entwickeln könnten. Ohne Zweifel wird sich die Lage in diesem Raum allmählich ändern, aber Sie wollen innerhalb von irgendwelchen 6 Monaten buchstäblich alles ändern. Unsere Zustimmung zu Ihrem Vorschlag könnte, wie ich bereits sagte, lediglich zur Isolierung der USA und zum Verlust aller ihrer Verbindungen in Westeuropa führen. Das wollen wir nicht. Ich selbst bin nicht darum bemüht, daß die Sowjetunion die Verbindungen einbüßt, die sie in Europa hat. Sie haben mich seinerzeit als jungen Mann bezeichnet. Aber ich bin nicht deshalb Präsident geworden, um im Gegensatz zu den Interessen der USA zu handeln. Ich bin bereit, beliebige Fragen mit Ihnen zu erörtern, um eine Verständigung zu erreichen. Aber Sie wollen unsere Position nicht verstehen und wollen in kurzer Zeit radikale Veränderungen in Berlin herbeiführen.

CHRUSCHTSCHOW: Dann wollen wir doch ein provisorisches Abkommen über Deutschland unterzeichnen. Sie verstehen dabei natürlich, daß es gegenwärtig keine Wiedervereinigung geben kann. Deshalb betrachte ich diesen unseren Vorschlag, um offen zu sprechen, als ein formales Moment, das den Anschein erwecken soll, daß die Großmächte den Deutschen selbst die Verantwortung übertragen. Wenn Sie einverstanden sind, dann wollen wir diesen Weg beschreiten. Einen anderen Ausweg gibt es nicht: entweder wir verewigen den Kriegszustand, oder wir unterzeichnen einen Friedensvertrag. Wir haben in dieser Frage verschiedene Auffassungen, und wir können Sie natürlich nicht zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwingen, aber auch Sie können uns nicht zwingen, das zu tun, was im Interesse unserer Sicherheit erforderlich ist.<sup>7</sup> Und alle Ihre Ansprüche hinsichtlich Westberlins entbehren jeder juristischen Grundlage.

7 Die Mißverständlichkeit dieses Satzes ergibt sich aus dem Original.

KENNEDY: Wir haben keinerlei Ansprüche. Wir verteidigen die Rechte, die uns gehören.

CHRUSCHTSCHOW: Wir können Ihnen eine Denkschrift mit der Darlegung unserer Position in der deutschen Frage überreichen, damit Sie unsere Auffassungen besser prüfen können, falls wir zur Erörterung dieser Frage zurückkehren sollten, (die Denkschrift wird Kennedy im Anschluß an die Unterredung überreicht).

Damit wird die Unterredung abgebrochen und N. S. Chruschtschow bittet J. Kennedy zum Frühstück.

## Rede N. S. Chruschtschow während des Frühstücks in der Sowjetischen Botschaft zu Ehren des Präsidenten der USA John F. Kennedy, 4. Juni 1961

Verehrter Herr Präsident!  
Meine Herren!  
Genossen!

Wir sind sehr erfreut, Herr Präsident, mit Ihnen zusammenzutreffen und Meinungen austauschen zu können. Ich ziehe es immer vor, soweit das möglich ist, persönliche Kontakte mit ausländischen Staatsmännern zu unterhalten. Sie sind immer nützlicher, als die Kontakte selbst über die besten Botschafter. Nicht umsonst sagen manche witzige Leute, daß die Liebe in natura besser sei als die Liebe mit Hilfe des Dolmetschers.

Ich wiederhole, daß ich stets persönliche Kontakte und Unterredungen vorziehe, deren Teilnehmer keinen heiklen Fragen ausweichen. Natürlich kann keine rasche Lösung komplizierter Fragen erwartet werden. Es gibt solche Probleme, deren Regelung auch uns mit Ihnen nicht gelingen wird. Wie kann man dann erwarten, daß solche Fragen von Menschen gelöst werden, die eine weniger hohe Stellung einnehmen? Das ist einfach unmöglich. Deshalb messen wir den Begegnungen der Staats- und Regierungschefs eine so große Bedeutung bei, bei denen man die Position der anderen Seite kennenlernen und die eigene Position darlegen kann.

Wir haben Ihre Position aufmerksam zur Kenntnis genommen, Herr Präsident, und unsere eigene Position in einer Reihe wichtiger internationaler Fragen ausführlich dargelegt. Wir haben jetzt mit Ihnen offensichtlich noch kein Verständnis der gegenseitigen Positionen erreicht, und das ist durchaus natürlich. Wenn die Menschen gelernt hätten, alle schwierigen Fragen beim ersten Zusammentreffen zu lösen, dann gäbe es überhaupt keine schwierigen Fragen.

Herr Präsident, ich möchte im Namen der Sowjetregierung und im Namen unserer Freunde im Warschauer Vertrag, die ebenfalls an der Lösung der deutschen Frage interessiert sind, nochmals bekräftigen, daß wir und unsere Freunde sowohl bei der Lösung der deutschen Frage als auch der anderen internationalen Probleme ausschließlich friedliche Ziele verfolgen. Es ist Ihr Recht, Herr Präsident, den von mir angeführten Argumenten zuzustimmen oder nicht, aber ich möchte, daß Sie auf jeden Fall an die Aufrichtigkeit unserer Absichten glauben. Und wenn wir das tun, was wir in der deutschen Frage beabsichtigen, so sollten Sie verstehen, daß sich dieser Schritt nicht gegen Sie oder Ihre Verbündeten richtet. Wir wollen nur die Steine hinwegräumen, die den Weg zu einem dauerhaften Frieden versperren. Es gibt Krankheiten, die der Arzt durch einen operativen Eingriff heilt. Das ist natürlich ein schmerzhafter Vorgang, aber er führt zur Genesung des Patienten. Das, was wir vorschlagen, ist ebenfalls so etwas wie eine Operation. Wir wollen eine Schwelle überschreiten, und wir werden sie überschreiten, um eine Verbesserung der internationalen Situation zu erreichen. Wir legen uns Rechenschaft darüber ab, daß unsere Beziehungen dadurch für eine gewisse Zeit

einer großen Belastung ausgesetzt werden. Wir sind jedoch überzeugt, daß die Sonne danach wieder erstrahlen und unsere Beziehungen erwärmen wird.

Sie brauchen Berlin nicht. Wir brauchen es auch nicht. Es gibt natürlich andere Partner, so zum Beispiel den Kanzler Adenauer, die an dieser Frage unmittelbar interessiert sind. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so ist Berlin für sie nur vom Standpunkt des Prestiges von Interesse. Adenauer ist natürlich ein kluger Mann, aber er ist ein alter Mann, und wir können nicht zulassen, daß das Überlebte die Vorwärtsbewegung des Neuen behindert.

Der aggressivste Mann in Westdeutschland ist gegenwärtig offener Verteidigungsminister Strauß. Aber selbst ein Mensch, dessen Geist gewöhnlich verdunkelt ist, hat manchmal einen Lichtblick. So hat auch Strauß einmal folgenden klugen Satz gesagt: »Wir verstehen doch, daß in Deutschland, falls ein Krieg ausbrechen sollte, kein Stein auf dem anderen bleiben wird.« Das ist eine sehr kluge Bemerkung.

Räumen wir also die Steine aus den Wege, liquidieren wir die Herde, die Konflikte hervorbringen und sogar einen Krieg auslösen können. Lösen wir gemeinsam die internationalen Streitfragen.

Ich verstehe selbstverständlich, daß Sie in einer schwierigen Lage sind: Sie haben Verbündete, die sich empören könnten – wie denn das, werden sie sagen, die USA wollen für uns mit der Sowjetunion die Fragen lösen? Wir haben ebenfalls Verbündete und tragen auch ihrer Meinung Rechnung. Wenn aber ein solcher Verbündeter von Ihnen wie beispielsweise Luxemburg eine kriegerische Haltung einnimmt, so wird das in den internationalen Angelegenheiten keine großen Wellen schlagen. Anders ist die Sache, wenn unsere beiden Länder zusammenstoßen. Ein Konflikt zwischen uns wäre nicht nur für unsere Länder, sondern für die ganze Menschheit ein Unglück. Daran müssen wir immer denken.

Sie sind ein religiöser Mann, ein Katholik. Sagen wir also mit den Worten der Religion »Helfe uns Gott« oder mit unseren Worten »Helfe uns die Vernunft«, den richtigen Weg zu finden und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern, die Festigung des Friedens in der ganzen Welt zu erreichen.

Auf die Freundschaft zwischen unseren Völkern!  
Auf Ihre Gesundheit, Herr Präsident!

## Antwortrede des Präsidenten der USA, John Kennedy, beim Frühstück in der Sowjetischen Botschaft, 4. Juni 1961

Herr Vorsitzender!  
Meine Herren!

Gestatten Sie mir, Herr Vorsitzender, Ihnen für die Gastfreundschaft an diesem Tisch, für die Möglichkeit der Begegnung mit Ihnen zu danken.



Ich wollte gern mit Ihnen zusammentreffen, weil ich der Meinung war und bin, daß unsere beiden Staaten mächtige Staaten sind, daß unsere Völker den Frieden wollen, daß sich vor ihnen unüberschaubare Perspektiven des weiteren Fortschritts eröffnen. Ich war und bin der Meinung, daß die Begegnung zwischen Ihnen und mir im Interesse der ganzen Welt ist.

Unsere Unterredungen berührten einen sehr weiten Kreis von Fragen und verliefen zugleich in einer liebenswürdigen Atmosphäre, wofür ich meinen Dank aussprechen möchte.

Wie ich schon im Gespräch mit Herrn Gromyko sagte, besteht Ihre und unsere Aufgabe nach meiner Meinung darin, in dieser Epoche der Veränderungen, deren Endergebnis niemand voraussagen kann, einen direkten Zusammenstoß zwischen den USA und der UdSSR zu verhindern, einen Zusammenstoß, der die allerverderblichsten Folgen hätte. Ich habe die Macht der Sowjetunion niemals unterschätzt, und Sie wissen Ihrerseits, daß unser Land ebenfalls stark ist. Wie ich gestern sagte, ist die Lage kritisch, weil unsere beiden Länder riesige Vorräte von Vernichtungsmitteln geschaffen haben. In der Vergangenheit hatten Kriege, wenn sie entstanden, keine langdauernden Auswirkungen auf den Frieden, die Völker konnten die Wunden, die ihnen im Kampf geschlagen wurden, verhältnismäßig rasch heilen. Ein neuer Krieg aber, sollte er ausbrechen, würde die schlimmsten Folgen für viele und viele Generationen haben.

Deshalb scheint mir, daß die Pflicht unserer Regierungen darin besteht, ihre Ziele auf einem solchen Wege zu verfolgen, damit die Sicherheit ihres oder unseres Staates nicht gefährdet wird. Wir müssen verstehen, welche Fragen entscheidend und welche Fragen zweitrangig sind, das heißt, welche Fragen Sie und mich und welche Fragen die Herren Gromyko und Rusk betreffen. Die Deutschlandfrage, die Frage seiner Zukunft betrifft Sie und mich infolge der geographischen Lage dieses Landes im Herzen Europas und infolge einer Reihe anderer Ursachen. Ich hoffe, daß wir Wien, diese Stadt, wo durch das gemeinsame Verständnis der Frage ein wichtiges Übereinkommen zwischen unseren Ländern erzielt wurde,<sup>8</sup> nicht mit der Absicht verlassen werden, eine Situation heraufzubeschwören, als deren Ergebnis die eine oder andere Seite vor Tatsachen gestellt wird, die eine unmittelbare Bedrohung ihrer Sicherheit schaffen.

Es gab in der Vergangenheit Fälle, da es Staatsmännern nicht gelang, ein richtiges Verständnis der Lage zu erreichen. Das hatte die verhängnisvollsten Folgen für die Sache des Friedens. Ich hoffe, daß wir mehr Glück haben werden. Mir scheint, wir können eine solche Anerkennung unserer gegenseitigen Interessen erreichen, die es uns gestattet, den Frieden zu erhalten und zu festigen.

Ich bin dankbar für die Möglichkeit, mit Ihnen zusammenzutreffen und Meinungen austauschen zu können, Herr Vorsitzender. Sie sagten gestern abend als Antwort auf meine Frage, daß Sie mit 44 Jahren Sekretär des Moskauer Komitees der Partei waren und sich ebenfalls mit Fragen der Planung beschäftigt hätten. Ich hoffe, daß ich mit 67 Jahren die Organisation der Demokratischen Partei in Boston leiten und an der Spitze des örtlichen Planungsausschusses stehen werde.

8 1955 Abschluß des österreichischen Staatsvertrages durch die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, Österreichs, der UdSSR und den USA. Er stellte die Souveränität Österreichs wieder her und Österreich erklärte, »immerwährende Neutralität« zu halten.

CHRUSCHTSCHOW: Vielleicht als Leiter des Planungsausschusses der ganzen Welt?

KENNEDY: Nein, mir genügt meine Heimatstadt.

Es ist mir also sehr angenehm, einen Trinkspruch auf die Mitglieder der sowjetischen Delegation auszubringen, auf Herrn Gromyko, mit dem ich schon 16 Jahre bekannt bin, auf Ihren Botschafter, auf Ihren Dolmetscher, der Ihre Gedanken so exakt dargelegt hat, und auf Sie, Herr Vorsitzender des Ministerrates!

## NIEDERSCHRIFT

### der Unterredung N. S. Chruschtschow mit John F. Kennedy in der Sowjetischen Botschaft vom 4. Juni 1961

Nach dem Frühstück, als der Entwurf der Mitteilung für die Presse vorbereitet wurde, äußerte Kennedy den Wunsch, sich mit N. S. Chruschtschow unter vier Augen unterhalten zu können. Nachstehend folgt die Niederschrift dieser Unterredung.

KENNEDY: Man muß konstatieren, Herr Vorsitzender, daß wir in der Berlinfrage verschiedene Auffassungen haben. Diese Frage ist jedoch von so großer Bedeutung für uns beide, daß ich hoffe, Sie werden im Interesse der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern keine Aktionen unternehmen, durch die ich zutiefst in die sich vollziehenden Ereignisse hineingezogen werde und durch die unsere Länder vor einen unmittelbaren Zusammenstoß gestellt werden. Ich trage natürlich der Tatsache Rechnung, daß Sie ausgehend von Ihren Interessen handeln werden. Ich bitte Sie jedoch, eine Grenze zu ziehen zwischen dem Abschluß eines Friedensvertrages und der Frage unseres Zugangs und unserer Rechte in Westberlin. Ich hoffe, daß sich mit der Zeit Möglichkeiten für die Ausarbeitung von Maßnahmen ergeben werden, die auf die Gewährleistung einer befriedigenderen Lage in Berlin abzielen. Am meisten bin ich darüber besorgt, es zu keinem direkten Zusammenstoß zwischen uns in einer so wichtigen Frage wie Berlin kommen zu lassen.

CHRUSCHTSCHOW: Ich schätze Ihre Offenheit, Herr Präsident, muß aber meinerseits folgendes erklären. Wenn Sie nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Ihrem Zugangsrecht nach Berlin beharren, so wird selbst ein direkter Zusammenstoß zwischen uns diese Frage nicht zu Ihren Gunsten entscheiden. Wir werden uns gegen eine Aggression verteidigen, falls Ihre Truppen die Grenzen der DDR überschreiten.

Ich habe Ihre Position aufmerksam zur Kenntnis genommen. Sie entbehrt jedoch jeder rechtlichen Grundlage. Sie wollen unseren Staat erniedrigen, und das werden wir nicht gestatten.

Wählen Sie selbst, Herr Präsident, wir werden dem Schicksal nicht ausweichen. Ich werde in dieser Frage so handeln, wie mich meine Stellung als Vorsitzender des Ministerrates verpflichtet. Ich

wäre erfreut, wenn Sie unseren Vorschlag der Zwischenlösung annehmen und ein provisorisches Abkommen über Deutschland und Westberlin unterschreiben würden, damit in der Folge ein Friedensvertrag ohne Nachteil für unser Prestige unterzeichnet werden kann.

KENNEDY: Dieses provisorische Abkommen würde die Anwesenheit unserer Truppen in Berlin vorsehen?

CHRUSCHTSCHOW: Ja, für die Geltungsdauer dieses Abkommens.

KENNEDY: Aber dann würde der Zutritt zu dieser Stadt unterbunden?

CHRUSCHTSCHOW: Ja. Aber zur Wahrung Ihres Prestiges wären wir auch bereit, daß Ihre Truppen gemeinsam mit Truppenkontingenten Englands, Frankreichs und natürlich der Sowjetunion weiterhin in Westberlin bleiben auf der Grundlage eines Abkommens, das in der UNO fixiert wird. Aber der Zutritt zu Westberlin wird dann selbstverständlich mit Genehmigung der Regierung der DDR erfolgen. Das ist eine Prerogative der Regierung der DDR.

Wenn Sie diesem Vorschlag nicht zustimmen und Ereignisse ins Rollen bringen wollen, die sich als die schlimmsten in der Geschichte der Menschheit erweisen können, so machen Sie sich dazu bereit. Wir werden uns unsererseits ebenfalls bereit machen, wenn Sie diese Frage mit Gewalt lösen wollen. Aber das wollen wir nicht. Wir wollen diese Frage auf der Grundlage der Vernunft lösen.

KENNEDY: Herr Vorsitzender, entweder Sie glauben nicht, daß es uns ernst ist und wir bereit sind, unsere juristischen Verpflichtungen in dieser Frage zu erfüllen, oder Sie fühlen, daß trotz der großen Erfolge auf wirtschaftlichem und anderem Gebiet, in der Eroberung des Weltraums die Lage Ihres Landes so unbefriedigend ist, daß Sie das Risiko eines offenen Zusammenstoßes zwischen den USA und der UdSSR einzugehen bereit sind, um die Lage in Westberlin zu ändern, die schon 16 Jahre besteht. Ich glaube jedenfalls nicht, daß irgend jemand in Ihrem Lande wirklich an Aktionen interessiert wäre, die in 6 Monaten zu verhängnisvollen Folgen für die Menschheit führen könnten. Ich befinde mich auch deshalb noch in einer schwierigen Lage, weil ich in London mit Premierminister Macmillan konferieren werde, der sich zweifellos für den Inhalt unserer Unterredungen interessiert. Ich werde sagen müssen, daß in sechs Monaten die Ereignisse eintreten, von denen Sie sprechen. Das werden Ereignisse sein, die ich am allermeisten verhüten wissen wollte. Wir werden uns von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen, gebunden durch völlig gegensätzliche Verpflichtungen, was zu verhängnisvollen Folgen führen muß. Ich bedaure, daß ich bei einer solchen Lage der Dinge aus Wien abreisen muß.

CHRUSCHTSCHOW: Wir wollen Frieden.

KENNEDY: Wenn ich den Frieden nicht wollte, wäre ich nicht hierhergekommen. Es ist leicht, einen Krieg zu entfesseln, Herr Vorsitzender, aber es ist schwer, den Frieden zu sichern.

CHRUSCHTSCHOW: Ich habe drei Kriege erlebt, Herr Präsident, und ich weiß, was er dem Volk bringt. Nicht ich bin es, der mit Krieg droht, sondern Sie. Ich nehme lediglich Ihre Herausforderung an, denn wenn Sie den Krieg beginnen, werden wir antworten müssen.

KENNEDY: Sie wollen also die bestehende Lage ändern.

CHRUSCHTSCHOW: Ich will Frieden und einen Friedensvertrag mit Deutschland. Wenn ich Grenzen ändern oder andere Völker erobern wollte, dann wären Sie tatsächlich verpflichtet, sich zu verteidigen. Wir wollen jedoch nur den Frieden.

Drohungen von Ihrer Seite werden uns nicht aufhalten. Wir wollen keinen Krieg, wenn Sie ihn uns aber aufzwingen sollten, wird es einen geben. Das können Sie also Macmillan, de Gaulle und Adenauer sagen. Beachten Sie also, Herr Präsident, daß dies unser unumstößlicher Entschluß ist und wir den Friedensvertrag im Dezember dieses Jahres unterzeichnen werden.

KENNEDY: Ja, es scheint einen kalten Winter zu geben in diesem Jahr.

CHRUSCHTSCHOW: Wir werden von unserem Entschluß nicht abgehen, aber ich glaube, daß trotzdem Frieden sein wird und daß sich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages unsere Beziehungen auf dem Wege der Freundschaft und der Zusammenarbeit entwickeln werden.

KENNEDY: Wir konnten mit Ihnen leider keine gemeinsame Auffassung in den erörterten Fragen erzielen, aber ich danke Ihnen aufrichtig, Herr Vorsitzender, für Ihre Gastfreundschaft sowie für den lebenswürdigen und höflichen Ton, in dem Sie die Unterredungen mit mir geführt haben.

Damit waren die Unterredungen zwischen N. S. Chruschtschow und John F. Kennedy vom 3. und 4. Juni 1961 in Wien abgeschlossen.